

Danziger Zeitung.



№ 16913.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagengasse Nr. 4. und bei allen hiesigen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 9. Febr. (W. I.) Bei einem gestern abgehaltenen Diner zu Ehren des brandenburgischen Provinziallandtages brachte Prinz Wilhelm einen Trinkspruch auf die Provinz Brandenburg aus, worin er sagte: Auf meinen Ritten durch die Mark Brandenburg im Laufe der Manöver habe ich mich von dem blühenden Zustande der Gegend und der in vollem Betrieb befindlichen Gewerbe genugsam überzeugt, worin der wahre Grund des Volkswohlstandes und der fruchtbaren Arbeit zu finden ist. Ich weiß wohl, daß im großen Publikum, speciell im Auslande, mir leichtsinnige, nach Ruhm lüsterne Kriegsgedanken imputiert werden. Gott bewahre mich vor solchen verbrecherischen Leichtsinne. Ich weiß solche Anschuldigungen mit Entrüstung zurück. Doch, meine Herren, ich bin Soldat, und alle Brandenburger sind Soldaten. Das weiß ich, daher lassen Sie mich mit dem Worte schließen, welches am 6. Februar unser großer Kanzler dem Reichstage zurief, der an jenem Tage das großartige Bild einer geschlossenen, Hand in Hand mit der Regierung gehenden Volksvertretung uns zeigte, indem ich den Ausspruch auf die Mark Brandenburg specialisiere: „Wir Brandenburger fürchten nur Gott und sonst nichts auf dieser Welt!“

Stockholm, 9. Februar. (W. I.) Die erste Kammer hat gestern auch noch einen Zoll auf Hafer von 1 Krone, auf Mehl, Gröhe und Arrow-Root (indisches Pfeilwurzelmehl, namentlich Rindernahrungsmittel) von 4 Kronen 30 Öre, auf Malz von 3 Kronen, auf Alei von 30 Öre per 100 Allogramm angenommen. Die zweite Kammer nahm mit 114 gegen 104 Stimmen ebenfalls einen Roggenmehlzoll von 2 1/4 Kronen an.

Das östliche Echo der Kanzlerrede.

Unter den Rundgebungen der Presse über die Rede des Reichskanzlers nimmt ohne Zweifel ein heute telegraphisch gemeldeter Artikel des „Petersb. Journ.“, in welchem man eine halböffentliche Erklärung zu sehen berechtigt ist, eine hervorragende Bedeutung ein.

Dieser Artikel lautet:

Die mit Ungebuld erwartete Rede des Fürsten Bismarck liegt uns nur im telegraphischen Auszuge vor, aber schon jetzt kann man deren Zweck würdigen. Der deutsche Reichskanzler hat konstatiert, daß er mit seiner Rede in keiner Weise einen Einfluß ausüben wolle auf das Datum des Reichstages bezüglich des von demselben geforderten Credits, sondern daß er sich über die allgemeine Lage Europas aussprechen wolle. Diese Auffassung schien geboten durch die Kommentare, welche die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages vom Jahre 1879 hervorgerufen hatte. Wir glauben, daß dieser Zweck erreicht ist. Fürst Bismarck hat den rein und ausschließlich defensiven Charakter dieses Bündnisses betont, das ist der wesentlichste Punkt. Durch das Geheimnis, welches über den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag herrschte, konnte die Annahme, daß es sich um ein eventuell aggressives Bündnis handelte, nur Bestand gewinnen, und die überreizten Leidenschaften an gewissen Orten empfinden durch diese Annahme eine gefährliche Nahrung. Nachdem nun der Reichskanzler jetzt in Ausdrücken, welche ihm zur Ehre gereichen, das absolute Vertrauen bekundet hat, welches das Wort des Kaisers von Rußland, dessen friedliche Absichten laut verkündet sind, ihm einflößt, so kann man daraus schließen, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in fester Weise gesichert ist. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß ganz Europa hierdurch eine allgemeine Erleichterung empfinden wird. Wir ziehen unsererseits eine derartige friedliche Garantie einer solchen vor, welche aus den unaufhörlichen und wachsenden Rüstungen hervorgeht, zu denen man sich fortsetzen läßt. Wir wollen auf diesen Punkt nicht weiter eingehen, da der Reichskanzler das volle Recht jedes Landes konstatiert hat, seine Sicherheit unter den Schutz seiner eigenen Streitkräfte zu stellen. Wir nehmen ebenso davon Abstand, auf eine Abwägung der gegenseitigen Dienste zurückzukommen, welche sich Preußen und Rußland haben leisten können; nach unserer Ansicht sind diese Dienste das Resultat von oft gemeinsamen Interessen. Es ist das die beste Basis für Beziehungen unter Staaten. Wir werden uns beglückwünschen, zu sehen, daß auch in Zukunft für die Beziehungen zwischen dem großen Deutschland und Rußland dies die Grundlage bleibt.

Diese Ausführungen sind um so bedeutsamer, wenn man sich erinnert, daß vor noch nicht zwei Monaten der „Russische Invalide“ die Reclamationen bezüglich der russischen Truppenverchiebungen nach der Westgrenze in überraschender Weise mit der Erklärung beantwortet hat, Rußland müsse sich gegen einen etwaigen Angriff Deutschlands und (oder?) Österreich-Ungarns sicher stellen. Nach den Mittheilungen, welche gelegentlich der Anwesenheit des Kaisers Alexander in Berlin am 18. Novbr. v. J. diesem von der allercompetentesten Stelle aus gemacht worden waren, mußte die Ausrede des „Russ. Invaliden“ hier den allerpeinlichsten Eindruck hervorrufen.

Mit diesen Vorwänden wäre, wenn der Artikel des „Petersb. Journ.“ in der That der Ausdruck

der in den russischen Regierungskreisen bez. in Gatschina herrschenden Ansichten ist, nunmehr ausgeräumt, und so wäre man berechtigt zu erwarten, daß Kaiser Alexander sich von dem Einflusse der Kriegsführer nunmehr emanzipiren und die bedrohlichen Truppenanhäufungen, welche, falls sie fortbauern sollten, zu Gegenmaßregeln führen müßten, rückgängig machen werde. Freilich wird man nach den bisherigen Erfahrungen abwarten müssen, daß die russische Regierung die praktischen Konsequenzen der Eingeständnisse des „Petersb. Journ.“ zieht. Der Reichskanzler hat übrigens in den Ausführungen seiner Rede über Bulgarien, denen die „Nordd. Allg. Ztg.“ gestern durch die von uns heute Morgen erwähnte Wiedergabe der vorjährigen Erklärungen im Reichstage noch ein helles Licht aufsetzte, der russischen Politik eine sehr bequeme Rückzugsbrücke geschlagen, um, wie das Blatt sich in seiner gestrigen Abend-Ausgabe ausdrückt, den (bisher) „seinem Wesen nach unverändert fortbestehenden Conflict der auf internationalem Gebiet engagierten Mächte“ einer Lösung entgegenzuführen. Auch die „Post“ corrigirt heute ihre gestern erwähnte Äußerung dahin, daß erneute Anstrengungen derjenigen Richtung (in Rußland) zu erwarten seien, welche die russische Action nicht zuerst auf Centraleuropa leiten möchte. Im Falle diese Bestrebungen von Erfolg sind, würde die bulgarische Angelegenheit wieder in den Vordergrund treten. Und vielleicht würde Rußland dann die Früchte seiner Drohungen an die Adresse Centraleuropas ernten, nachdem sich herausgestellt hat, daß die „Versumpfung“ der bulgarischen Frage, d. h. die Erhaltung des status quo nicht ohne Gefahr ist.

Heute gingen uns aus Petersburg ferner folgende Telegramme zu:

Petersburg, 9. Febr. (W. I.) Das „Journal de St. Petersburg“ bezeichnet, indem es die gefräßige Berliner Börsentendenz bespricht, ein dort umlaufendes Gerücht von dem Rücktritt des Ministers v. Giers als gänzlich unbegründet.

Die „Neuzeit“ sagt in einer Besprechung der Rede des Reichskanzlers: Zwei starke Mächte wie Rußland und Deutschland können friedlich miteinander leben auf der Grundlage der gegenwärtigen Lage der Dinge, die Fürst Bismarck so klar dargelegt hat.

Eine der „Pol. Cor.“ aus Budapest zugehende Mittheilung giebt der mächtigen, tiefen und durchaus günstigen Wirkung Ausdruck, welche die Ausführungen des deutschen Reichskanzlers in ungarischen Regierungskreisen nicht minder, als in allen politischen Lagern Ungarns geübt haben. Man betont unter anderem, daß jenen Deutungsverfälschungen, welche in der Veröffentlichung des österreichisch-deutschen Bündnisvertrages das Anzeichen und den Vorläufer erster, die Entwicklung der Dinge beschleunigender Rundgebungen oder Schritte der verbündeten Cabinette in Petersburg erblicken wollten, durch die authentischen Aufklärungen, welche Fürst Bismarck über Gründe, Zweck und Bedeutung der erwähnten Veröffentlichung erteilte, aller Boden fortan entzogen ist. So wenig diplomatische Anfragen wegen der Rüstungen Rußlands in einem früheren Stadium beabsichtigt waren, so wenig stehen sie oder gar ein Verlangen nach Rückgängigmachung dieser Rüstungen heute auf der Tagesordnung. Allerdings müsse man wünschen und hoffen, daß die Veröffentlichung des Bündnisvertrages und die durch ihren Ernst und ihre Loyalität gleich imponirenden Ausführungen des deutschen Reichskanzlers alle russischen Kreise von der Ueberflüssigkeit weiterer Rüstungen vom Charakter der letzten überzeugen werden, ohne daß sich aber aus der etwaigen Nichterfüllung dieser Hoffnung voraussichtlich eine andere Wirkung für die verbündeten Regierungen ergeben dürfte, als die, ihnen die Ergreifung von Maßregeln zu ihrer Sicherheit und ihrem Schutze noch dringender als bisher nahezu legen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Februar.

Das Abgeordnetenhaus jetzt und vor 35 Jahren.

Das Abgeordnetenhaus hat sich gestern in der That selbst übertrifft. Die Cartellmehrheit, die hier ihr Scepter schwingt, hat selbst die berechtigten Landrathskammern aus den dunkelsten Zeiten der fünfziger Jahre in den Schatten gestellt. In diesen Kammern, die wahrlich die reactionärsten Gesinnungen hegten, hat man die in Frage stehenden Verfassungsparagraphen nicht umzuwerfen vermocht; heute geschieht es rasch und prompt in zwei Sitzungen — unter Assistenz einer sich auch liberal nennenden Partei. Der Abg. Richter erinnerte gestern an den Ausspruch, den ein reactionärer Mann, der Graf Limburg-Stürum, im Jahre 1853 that, als das Ministerium Westphalen für eine Verlängerung der Legislaturperiode eintrat, ein Ausspruch, welcher lautet: er wolle dem Volke seine konstitutionellen Rechte nicht verkürzen und in der Verlängerung der Wahlperioden erblicke er eine solche Beschränkung. So sagte vor 35 Jahren ein sich selbst als reactionär bezeichnender Mann; wo sind wir seit der Zeit hingekommen! Welch jammervoller Rückschritt im politischen Leben haben wir seitdem gemacht, daß heute die Conservativen selbstverständlich, die Nationalliberalen skrupellos für die Durchbrechung der seit 30 Jahren unangefast gebliebenen Verfassung zu Ungunsten der Volksrechte einzutreten vermögen!

Zur Geschichte der in den fünfziger Jahren ver-

eitelten Versuche, die Wahlperioden zu verlängern, erinnert die „Freis. Ztg.“ an folgende Thatsachen:

Der erste Versuch, die dreijährige Wahlperiode abzuschaffen, trat alsbald nach Beginn der Reaction in der ersten Kammer in der Session 1851/52 hervor in Verbindung mit dem Versuch, zweijährige Legislaturperioden einzuführen und die Regierung von der Verpflichtung zu entbinden, den Landtag alljährlich zusammenzubringen. Demgemäß sollte die Legislaturperiode auf 6 Jahre festgesetzt werden. Indessen lehnte selbst die erste Kammer im Jahre 1852 diese Anträge der Ultraconservativen von Plötz und Gen. als zweckwidrig und unzeitig ab.

In der nächstfolgenden Sitzungsperiode von 1852/53 eignete sich das Ministerium Montauff-Westphalen jene abgelehnten Anträge an und brachte in der ersten Kammer einen gleichlautenden Gesetzentwurf ohne Motive ein. Die erste Kammer fand sich bereit, dem Entwurf beizutreten. Allein die zweite trat nur der Verlängerung der Wahlperiode auf 6 Jahre bei, wogegen sie die beiden damit in Verbindung gesetzten Anträge auf nur zweijährige Einberufung der Kammern und zweijährige Finanzperioden ablehnte. Selbst die damalige zweite Kammer, welche unter dem Hochdruck amtlicher Wahlbeeinflussungen im Jahre 1852 gewählt war, genehmigte die Verlängerung der Wahlperioden nur mit 166 gegen 153 Stimmen. Nicht nur alles, was sich damals entfernt zu den Liberalen rechnete, sondern auch die mittleren Parteien stimmten gegen die Verlängerung der Wahlperiode. So erklärten sich gegen dieselbe u. a. die späteren Minister v. Bethmann-Hollweg, v. Patow und Graf Schwerin, ferner die Abgg. Bürger, Deltus, Graf Limburg-Stürum, der Vater des jetzigen Abgeordneten, Matthys, der spätere Präsident des Oberkirchenraths, und Freiherr v. Winke. Als dann der Gesetzentwurf an die erste Kammer zurückkehrte nur mit der Verlängerung der Wahlperiode, lehnte die erste Kammer am 18. April 1853 mit 59 gegen 30 Stimmen die Verlängerung der Wahlperiode ab, trotzdem der Minister des Innern v. Westphalen auf das lebhafteste für den Antrag eintrat. Die häufige Wiederkehr der Wahlen, so führte der Minister offenermaßen aus, „erschüttere die conservativen Gesinnungen“. Prof. Stahl, der Führer der Hochconservativen, wollte die Bevölkerung möglichst wenig „den üblen Einflüssen des Constitutionalismus ausgesetzt wissen“. Die häufigen Wahlen förderten nicht „die Gesinnung des Unterthanenbewußtseins“, sondern umgekehrt das Souveränitätsbewußtsein im Volke.

In der Session 1853/54 wurden alsdann in der ersten Kammer wiederum jene gesammten Anträge auf Verfassungsrevision durch den Abg. v. Dohna-Lauk eingebracht und angenommen. In der zweiten Kammer fand wegen Schlußes der Sitzung eine Verhandlung darüber nicht statt. Der Abg. v. Gerlach aber hatte hier einen Antrag eingebracht, welcher die Staatsregierung aufforderte zur Vorlegung einer Gesetzesvorlage behufs Ausführung der betreffenden Verfassungsänderungen. Inzwischen beschloß die zweite Kammer in der Sitzung vom 27. März 1854 mit überwiegender Majorität das Uebergehen zur Tagesordnung.

So vor 34 Jahren; so fiel in einer Landrathskammer der Angriff auf die Verfassung durch, und über dreißig Jahre lang blieb die Verfassung vor solcherlei reactionären Gelüsten gesichert, bis endlich in unseren Tagen die „nationalen“ Parteien den Muth fanden, das damals unvollendet gebliebene Werk wieder aufzunehmen und einfach kraft ihres Willens, ohne eine Spur durchschlagender Beweise, alle Gegengründe brutal bei Seite schiebend, pochend auf die Mehrheit, die ihnen zu Gebote steht, durchzuführen. Nicht einmal das Decorum einer Commissionsberatung hat man für nöthig gehalten, was die ganze Rücksichtslosigkeit der die Macht habenden und mißbrauchenden Parteien am besten kennzeichnet.

Man denkt in souveräner Nichtachtung der Minorität gar nicht daran, daß diese Macht auch einmal ein Ende nehmen kann. Wir aber hoffen und vertrauen darauf, daß solche Vorgänge wie die jetzigen dem Volke eher die Augen öffnen werden, als den Herren von der Majorität lieb sein wird. Wenn sich das Volk solche Verhörungen seiner Rechte ruhig gefallen läßt, ohne bei den nächsten Wahlen die entsprechende Antwort zu erteilen, dann ist ihm nicht zu helfen!

Die Verwendung der 230 Millionen-Anleihe.

Bei der Veranlassung des Anleihegesetzes zu Zwecken der Militärverwaltung (278.5 Mill. Mark) in der Sitzung der Budgetcommission des Reichstages vom 6. Februar gab der Kriegsminister eine detaillierte Berechnung der Verwendung der Summe von 212 Mill. Mark, welche für das Gebiet des preussischen Militärcontingents in Anspruch genommen wird. Darnach sind zur Beschaffung von Waffen 160 Mill. Mk. für die Landwehr II. Aufgebotes — der bekannten vierten Großmacht von 700000 Mann, um deren kriegsgemäße Ausstattung allein es sich handelt —, für Ausrüstung 30 Mill. Mk. und entsprechend kleinere Summen für Unterbringung der Vorräthe u. s. w. erforderlich. Der Kriegsminister erklärte, die Militärverwaltung beabsichtige die möglichst schnellste Beschaffung der Vorräthe. Auf alle Fälle aber würde schon im nächsten Etatsjahr eine Einstellung von 2.8 Mill. Mk. Zinsen erforderlich sein. Die Erklärung des Kriegsministers machte den Eindruck, daß die Militärverwaltung im Hinblick auf die zweifelhafte Zustimmung des Reichstages zu der Vorlage die bezüglichlichen Vorbereitungen schon jetzt getroffen habe. Im übrigen hatten die Mittheilungen des Kriegsministers nur einen informativen Charakter, da die Commission die geforderte Anleihe als Pauschalsumme und ohne Specialisirung im Etat bewilligte.

Die Verhandlungen über das Weingesez.

In der Commission des Reichstages zur Beratung des Gesetzes betreffend den Verkehr mit Wein wurde gestern der Antrag Dr. Bürklin etc. betreffend das Verbot der Fabrikation von Kunstwein mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde § 1 der Regierungsvorlage, welcher die verbotenen Süßzucker zu Wein aufzählt, mit 14 gegen 3 Stimmen

angenommen, nachdem der Antrag Witte, die Verwendung von Salicylsäure und unkrystallisirtem Stärkezucker zu gestatten, abgelehnt worden war. Der Zusatz von löslichen Aluminiumsalzen wurde entgegen der Regierungsvorlage auch bei Schaumweinen absolut verboten. § 2 der Regierungsvorlage wurde mit der Abänderung angenommen, daß Wein, der an Schwefelsäure in einem Liter Flüssigkeit mehr enthält, als es sich in 3 (anstatt 2) Gramm neutralen schwefelsauren Kaliums vorfindet, gernerdmäßig weder selbgehalten noch verkauft werden darf.

Die Commission wird heute die erste Lesung des Gesetzes beschließen, die zweite aber dann erst nach acht Tagen vornehmen, um in der Zwischenzeit Wahrnehmungen über die getroffenen Beschlüsse zu machen. Eine große Anzahl von Interessenten hat sich übrigens in Berlin aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, in welchen vorzugsweise Weinhandel betrieben wird, eingefunden, um ihre Wünsche und Ansichten den Commissionsmitgliedern zugänglich zu machen.

Im Herrenhause

werden die Commissionsberatungen über die Arel- und Provinzialordnung für Schleswig-Holstein am 15. d. Mts. beginnen. Die Plenarsitzungen sollen dann etwa Anfang März folgen, bis zu welcher Zeit das Herrenhaus in der Lage sein kann, an die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über eine Reihe von Vorlagen heranzutreten. Möglicherweise ist bis dahin auch der Staatshaushaltsetat vom Abgeordnetenhause an das Herrenhaus überwiesen.

Die übrigen unser Berliner Correspondent vernimmt, ist der Arbeitsstoff für den Landtag durch die bisher eingebrachten Vorlagen noch nicht erschöpft; von den weiteren noch einzubringenden Entwürfen wären mehrere zuerst für das Herrenhaus bestimmt.

Internationale maritime Conferenz.

Behufs Hebung der Sicherheit des Schiffsverkehrs auf hoher See ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika neuerdings der Gedanke der Einberufung einer internationalen maritimen Conferenz angeregt worden. Derselbe dürfte allgemeiner Beachtung und Theilnahme werth sein. Zu dieser Conferenz würden programmäßig nur die Seestaaten eingeladen werden und die Beratungen würden sich auf ein genau umschriebenes Gebiet beschränken. Zunächst käme eine Revision der gewöhnlichen Fahrregeln in Betracht, behufs Feststellung eines gleichmäßigen Signalcodes, nach welchem die Schiffe sich in Fällen von Dunst und Nebel, Schnee, trüber Mitternacht und bei Nachtzeit zu richten haben würden. In dieser Sache ist noch hinreichender Spielraum für nützliche Reformen, trotz der ja für gewöhnlich von allen gewissenhaften Schiffsführern betätigten peinlichen Gewissenhaftigkeit. Außer diesem Hauptgegenstand der projectirten Conferenz kommen noch einige Fragen zweiten Ranges in Betracht, die das Verfahren bei Bergung von Menschenleben und Schiffsgut, die Ausforschung und Befreiung von Schiffahrtshindernissen und Benachrichtigung von vorgekommenen Aenderungen in der Bezeichnung der Rufen und Benennung der Fahrwasserstraßen etc. betreffen. Die Gefahr von Zusammenstoßen auf hoher See oder von Strandungen unweit der Küsten dürfte, wenn das Conferenzproject seine Verwirklichung und die vorbezeichneten Aufgaben ihre sachgemäße Lösung finden, ganz bedeutend verringert werden. Im Interesse der Sicherheit des Seeverkehrs wäre daher dem Project, welches bereits dem amerikanischen Congresse in Gestalt einer eigenen Bill vorgelegt worden ist, bester Erfolg zu wünschen.

Die Kämpfe bei Massaua

fangen allmählich an. Nach einer Meldung aus Massaua fand am 7. Februar zwischen Kantibai, dem Anführer der mit den Italienern verbündeten Gabab, und Abessiniern bei Gumhok, vier Kilometer von Alet, ein Zusammenstoß statt, in welchem die Abessiniern 1 Offizier und 1 Soldaten verloren. Kantibai hatte keine Verluste. Wer in dem Scharmüthel die Oberhand behalten hat, wird nicht gemeldet. Es ist dies schließlich auch nicht von strategischem Belang. Mit Spannung aber steht man jetzt in Rom dem täglich zu erwartenden ernstesten Kampfe zwischen den Abessiniern und den Italienern selbst entgegen.

Untriebe zur Insurgirung Bulgariens.

Die aus Konstantinopel gemeldet wird, versprechen die Berhöre mit drei Individuen, welche von den türkischen Behörden in Adrianopel verhaftet und nach Konstantinopel befördert wurden, wichtige Aufschlüsse über die Organisation der Vorkämpfer zur Insurgirung Bulgariens zu liefern. Gegenwärtig fahndet die türkische Polizei nach den vergrabenen Waffen, welche zur Ausrüstung jener zwei Freischaren bestimmt waren, deren Organisation in Adrianopel und Mustapha Pascha soeben entdeckt und vereitelt wurde. Die bisherige Untersuchung ergab, daß der frühere montenegrinische Vertreter bei der Pforte, Herr Bakic, in alle Einzelheiten dieser Anschläge eingeweiht war. Man hat Anhaltspunkte und Beweise gewonnen, daß zahlreiche russische und montenegrinische Sendboten immer noch an verschiedenen Punkten für die Vorbereitung größerer Ruhestörungen in Bulgarien im nächsten Frühlinge thätig sind.

Darauf deutet auch eine Meldung hin, die der „Pol. Corr.“ aus Borna zugeht. Vor einigen Tagen trafen nämlich zwei russische Offiziere, ein Oberst und ein Hauptmann, in Konstantinopel ein, wo sie im „Hotel de Pesth“ abblieben. Nach kaum zwölftägigem Aufenthalt derselben hatte die Polizei herausgebracht, daß ihre Ankunft mit der

Bildung von Freischaren zum Zwecke der Aufhebung Bulgariens zusammenhängen. Als sie aber ihre Verhaftung vornehmen wollten, waren die Vögel schon ausgeflogen. Geht es nicht gelingen, die Spuren der beiden aufzufinden.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 8. Februar.
Erste Beratung des Antrages der Abg. v. Benda und Gen. auf Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre.

Abg. v. Douglas (Freisinn.): Der Grund unseres Antrages ist, das Paritätstreiben bei den Wahlen zu verhindern und stabilere Verhältnisse herbeizuführen. (Zuruf: Nicht ablehnen!) Kann man uns ein besseres Mittel dafür anleihen, so sind wir bereit, darauf einzugehen. Der Antrag enthält keine Verletzung der Regierungsmacht. Wenn Volk und Krone einig sind, haben die Parlamente keine Macht, das haben wir erst im vorigen Jahre gesehen. Man wird unser Vorgehen schmähen und verdächtigen. Wir aber glauben gehandelt zu haben zur Ehre des Vaterlandes und zum Wohle dieses Hauses.

Abg. v. Schorlemer-Alst (Centr.): 38 Jahre lang hat der Verfassungsartikel mit dreijähriger Legislaturperiode unbeändert geblieben. Da verfallt das Cartell im Reichstag auf den Gedanken, die Legislaturperiode im Reich zu verlängern. Die Vorbeurtheile, die Cartellisten hier nicht ruhen. (Widerpruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Gründe sind sonst wohlfeil wie Brombeeren. Hier scheint das nicht der Fall zu sein. Die Begründung des Herrn v. Douglas war auch banal. Die Frage der Legislaturperiode ist keine Principienfrage, wenn man eine Verfassung macht. Hat man aber eine beschlossene Verfassung, dann soll man sie ohne Noth nicht ändern. (Zuruf im Centrum.) Wenn die Beilegung des Volkes am politischen Leben eine so geringe ist wie bei uns, dann soll man an diesen Volksrechten nicht rütteln. Durch diesen Antrag werden Uebelstände nicht verringert, sondern herbeigeführt. Die Auflösung im vorigen Jahre zeigte durchaus nicht die Uebereinstimmung zwischen Krone und Volk. Denn es wurde zwar eine Mehrheit von Abgeordneten für das Septennat in den Reichstag gewählt, aber die Mehrheit der Wahlstimmen war auf der anderen Seite. (Sehr richtig!) Wer hat sich denn über den bisherigen Zustand beschwert? Die Wähler oder wer sonst? (Ja wohl! rechts.) Weisen Sie mir doch nur ein Astenstück darüber nach! Weber in der Presse, noch sonst ist eine Klage laut geworden. Wir kommen dabei zu einem Scheinconstitutionsalismus, welchem das absolute Regiment vorzuziehen ist. Im Reich haben wir das allgemeine directe Wahlrecht und damit eine größere Theilnahme des Volkes. Aber wie steht es bei uns? Wir haben kein geheimes und directes Wahlrecht; oder wollen Sie es etwa einführen? (Widerpruch rechts.) Sie sind nicht bereit, die Rechte des Volkes auszuweiten, ja nicht einmal die Freiheit der Wahl zu schenken. Sie holen der Regierung die Kränze aus dem Feuer. Ich muß mich wundern, daß gerade die Nationalliberalen, welche sich als Hort der Verfassung aufstellten, diesen Antrag unterstützen. Man hätte darüber die Meinung der Wähler hören sollen, entweder durch Auflösung des Abgeordnetenhauses oder indem die Mitglieder der Mehrheit bei den nächsten Wahlen die Fragen stellen. In einem Augenblick, wie dem jetzigen, in welchem so große Opfer gefordert werden, hätte ich es für undenkbar, die Rechte des Volkes zu beschränken. (Sehr richtig!) Ich kann nur warnen, obgleich ich weiß, daß es nichts helfen wird. Ich kann nur protestieren gegen den Antrag. Vollenden Sie allein Ihr Werk, aber ernen Sie auch die Früchte davon. (Sehr richtig im Centrum.) Ich beantrage die Einsetzung einer Commission von 28 Mitgliedern. (Widerpruch rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich war darauf vorbereitet. Sie haben bei ihrem Vorgehen die Macht, und die Macht ist stärker als das Recht. (Widerpruch rechts.) Sie werden den Beschluß fassen, aber in den Annalen der Weltgeschichte wird diese Machtthat der Cartellmajorität nicht als Ruhmesthat bezeichnet werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Schwerin (cons.): Mit dem Cartell hat die Sache nichts zu thun. Denn ein solches besteht hier nicht. Besteht etwa in England mit seinen längeren Perioden ein Scheinconstitutionsalismus? (Widerpruch links.) Das Dreiklassenwahlrecht wollen wir nicht ändern. Man könnte die fünfjährige Periode eher als zu kurz, denn als zu lang bezeichnen. (Unruhe links.) Aber eine weitere Verlängerung der Perioden würde zur Bevorzugung der Berufsparlamentarier führen. (Sehr richtig! links.) Den Wachsthum der Regierung finden wir nicht bedenklich; wir betrachten die Regierung nicht als eine feindliche Macht. Ich glaube, daß wir den Gesetzentwurf durch Plenarberatung erledigen können, da technische Schwierigkeiten nicht vorliegen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Ich habe vieles für möglich gehalten, aber eine solche Begründung dieses Antrages, wie wir sie von Herrn v. Douglas gehört haben, hielt ich nicht für möglich. Ich glaube, wir könnten uns fast jedes Wort der Widerlegung sparen. Wir brauchen nur die Rede des Herrn v. Douglas drucken zu lassen, und jedermann würde sehen, wie diese Herren absolut kein Herz für die Rechte des Volkes haben. (Unruhe rechts.) Ist es nicht ein geradezu verwerfliches Mittel, zu dem Sie greifen, wenn Herr v. Douglas sagt, es werde sich leichter ein Candidat für fünfjährige Perioden finden als für dreijährige? Und Herr Graf Schwerin hat ja auch den ersten Redner darin sofort widerlegt, indem er zugestand, daß schon bei 5 Jahren es jedem, der noch ein Gefühl habe, schwer falle, sich frei zu machen. Der Vorredner sagte, er wünsche keine Minoritätswahlen, sondern Wahlen unter lebhafter Theilnahme, denn die Minoritätswahlen ergäben nicht den Ausdruck der Volksmeinung. Zugegeben! Aber was bedeutet denn Ihre Majorität? Sehen Sie sich die klägliche Theilnahme bei den Landtagswahlen an, wenn Sie diesen Satz gelten lassen, sprechen Sie dann noch im Namen der Majorität? Nimmermehr. Sie haben keinen Anspruch darauf, die Volksmeinung zu repräsentieren. Es hat Zeiten gegeben, da selbst in der Landrathskammer der 50er Jahre mehr Gefühl für die Aufrechterhaltung der Volksrechte und Freiheit war, als jetzt hier. Der Begründer des Antrages meinte, weshalb soll man durch das Paritätstreiben das Leben des Staates und Volkes trüben? Ja, das sind die Anschauungen, mit denen man jede Verfassung, jedes constitutionelle Leben überhaupt bekämpfen kann. Was ist das Paritätstreiben anders, als der Kampf der Meinungen im öffentlichen Leben, als das Lebenselement jedes bewußten und cultivierten Staates? Selbst Rufschand empfindet ja jetzt das Bedürfnis einer Verfassung, die ein Paritätstreiben notwendig macht. Dies Paritätstreiben ist das, was das Volk frisch erhält, die Stagnation beseitigt; sonst gehen Sie lieber zum erleuchteten Absolutismus zurück. Wir werden dann wenigstens nicht eine so klägliche Interessenpolitik haben wie jetzt. (Sehr wahr! links.) Denn jener erleuchtete Absolutismus hat wenigstens mit eiserner Faust die Staatsinteressen gegenüber allen particularistischen Interessen hochgehalten. Vergnügen bei der Wahlagitatio soll es sein, welches uns bewegt. Es hat niemand ein Vergnügen daran, außer vielleicht den Landräthen, welche es freilich haben müssen. Für uns ist es keine angenehme Arbeit, die wir den Landräthen und Gendarmen gegenüber zu leisten haben. In der That sind die Wahlbeeinflussungen hier noch viel härter als dort, und ich bedaure, daß die Wahl im Elbinger Wahlkreise noch immer nicht zur Sprache gekommen ist. Dann würden Sie ein Bild bekommen von dem, was man offizielle Wahlagitatio nennt, und ich bitte die Wahlprüfungscommission, die Sache nicht zum Schluß der Session zu bringen, sondern so, daß wir noch eingehend darüber sprechen können. Wenn die Herren den Hinweis auf England doch fallen lassen möchten! Dieser Vergleich ist für denjenigen, der die Verhältnisse hier und dort kennt, wirklich komisch. Wenn Sie uns im übrigen englische Verfassungszustände geben wollten, dann könnten Sie die Legislatur-

perioden machen so lang wie Sie wollten. (Sehr richtig! links.) Da ist die Correctur der Volksmeinung von selbst gegeben, während hier, wenn Sie eine solche durch Verlängerung der Legislaturperiode nach dem Herzen der Regierung, deren Vicepräsident Herr v. Puttkamer ist, machen, eine erhebliche Gefahr vorliegt. Was die Unbequemlichkeiten des Wahlens betrifft, so muß allerdings der Wähler eine halbe oder eine ganze Stunde alle drei Jahre zur Ausübung seines Wahlrechts verwenden und die wenigen Wahlmänner müssen einen ganzen Tag damit zubringen. Aber das ist auch alles. Andere sagen, die drei Jahre seien zu kurz zur Entfaltung fruchtbarer Arbeit; nun, an Fruchtbarkeit haben Sie nichts zu wünschen übrig gelassen. (Heiterkeit; Sehr richtig! links.) Wenn Sie noch fruchtbarer werden, so kann das Volk das garnicht mehr ertragen. (Sehr richtig! links.) Gerade die kurzen Wahlperioden waren ein Schutz gegen Ihre Fruchtbarkeit. Einer der Herren Vorredner sprach von der Wahlmüdigkeit. Ja, bei den Reichstagswahlen haben wir eine solche nicht gehabt. Die Ziffer der Wahlbetheiligung ist im Reichstage stets heraufgegangen bis auf einen Fall, und bei der letzten Wahl ist sie sogar auf 77,5 Proc. gestiegen. Ein Wahllehl hat sich allerdings gezeigt bei den preussischen Landtagswahlen. Aber warum? Diefem Hochdruck des Systems Puttkamer gegenüber (Sehr richtig! links; Lachen rechts) ist es allerdings natürlich. Es ist wirklich ein unerhörter Zustand, daß sich alle abhängigen Leute scheu zurückziehen, weil sie nicht mehr den Muth haben und das Vertrauen auf die Gerechtigkeit derjenigen, welche das Regiment führen, daß sie ihrer Ueberzeugung ohne Schaden an Leib und Leben Ausdruck geben können. (Beifall links; Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Es ist sehr bedauerlich, daß von Seiten der Nationalliberalen darüber gelacht wird, von jenen Bänken aus, von denen wir noch vor wenigen Jahren ein Verdammungsurtheil gegen das System Puttkamer, wie es sich in den Wahlbeeinflussungen und in der Replikenpresse gezeigt hat, gehört haben, wie ich es besser nicht hätte geben können. So haben sich die Anschauungen auf diesen Bänken geändert, heute lacht man darüber. Die erste Bedingung für eine wirklich freie Ausübung des Wahlrechts wäre die Abschaffung der öffentlichen Abstammung. Wir werden Ihnen bei der zweiten Lesung Gelegenheit geben, hierüber Ihre Meinung zu äußern. Bevor Sie nicht eine wirklich freie Abstammung garantirt haben, können wir auf einen solchen Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode unter keinen Umständen eingehen. — Am auffallendsten war mir aber an dieser ganzen Sache, daß die national-liberale Partei auch hier den Mahnungen und Warnungen des Herrn v. Minnigerode Folge geleistet hat. Als Herr v. Minnigerode hier mit seiner Drohung auftrat, wußten wir, daß die Sache nicht ganz glatt ging. Ich war mir über den Ausgang keinen Moment zweifelhaft. Es war eine Verpflichtung, die man beim Abschluß eines Cartells eingegangen war (Widerpruch rechts und bei den Nationalliberalen), ja, auf die Ihre Führer eingegangen waren. (Erneuter Widerpruch.) Es ist schon im vorigen Herbst ausgemacht gewesen, daß haben Ihre eigenen Zeitungen ausgeplaudert; richtig! ist allerdings, daß, als die nationalliberalen Blätter damit herauskamen, die „Conservative Correspondenz“ sehr unwillig darüber war. Ja, so macht man jetzt Anträge. Man hält sie möglichst lange zurück, statt, wie es nach meiner Ansicht Pflicht der Herr n wäre, schon bei den Wahlen dem Volke zu sagen: Wir haben die Absicht, die Legislaturperiode zu ändern. Warten Sie doch bis zu den nächsten Wahlen. So groß sind die Uebelstände doch nicht. Vielleicht bekommen Sie (die Conservativen) dann eine Majorität. Es wird vielleicht kommen, daß die nationalliberale Partei selbst den Herren die Mittel dazu in die Hand giebt, die Majorität zu haben. (Oh!) Die siebenzehn Stimmen, die daran noch fehlen, zu bekommen, halte ich nicht bloß des Strebens jener Herren für würdig, ich halte es auch leicht für möglich, daß diese 17 Stimmen den Nationalliberalen abgenommen werden. Dann kann Herr v. Rauchhaupt noch einmal ausrufen wie in Hannover: Ein einziges Mal geben Sie die Möglichkeit einer conservativen Aera, dann sollen die Wähler erst ihr blaues Wunder sehen. (Große Heiterkeit.) Wie sich doch die Zeiten geändert haben! Anfang der fünfziger Jahre in der Landrathskammer stimmte noch Herr Graf Elmsburg-Stürum gegen diesen Antrag. Er nannte sich bei dieser Gelegenheit selbst einen Reactionär, motivirte seine Abstimmung aber damit, daß er in einer Verlängerung der Legislaturperiode eine wesentliche Beschränkung der dem Volke verbleibenden constitutionellen Rechte sehe, da das Volk, wenn es von dem Wahlrecht Nutzen haben soll, möglichst oft in der Lage sein müßte, seine Stimme abzugeben. So hat damals ein Mann votirt, der sich selbst einen Reactionär nannte. Wenn man das bedenkt, muß man doch sagen: wir haben in unseren inneren Zuständen einen traurigen Rückschritt gemacht. (Beifall links.)

Abg. v. Benda (n.-l.): In Bezug auf dies Cartell bewegt sich Herr Richter in Phantasien, von denen er trotz der Entgegnungen, die ihm im Reichstage gemacht sind, sich nicht losmachen kann. Die Sache ist nicht in die Verhandlungen hineingeschneit. Seit Jahren beschäftigen wir uns mit dieser Frage. (Wo denn?) Nicht bloß in Privatgesprächen, sondern auch in Parteiverhandlungen. (Große Heiterkeit.) Wir verkennen die schwere Bedeutung dieses Beschlusses nicht; aber wir sind der Meinung, daß eine Entlastung unserer Wählerkraft nicht allein im Interesse ihrer selbst, sondern auch im Interesse unseres parlamentarischen und Staatslebens zu wünschen ist. Eine weitere Aenderung der Verfassung steht nicht in Aussicht. Der Beschluß, den wir heute erreichen, ist ein Bollwerk gegen solche Absichten. (Heiterkeit.) Wie sollte es darnach noch jemand wagen, weitere Aenderungen der Verfassung anzulegen! (Große Heiterkeit.) Solche Aenderungen sollten nur in normalen Zeiten zulässig sein. Meine Freunde betrachten die jetzigen Zustände als normal. (Heiterkeit.)

Abg. Lieber (Centr.): Sachliche Motive hat eigentlich nur Graf Schwerin vorgebracht, aber auch er hat sich schließlich auf die Reichstagsverhandlungen berufen, die hierher garnicht passen; denn im Reich haben wir das allgemeine directe und geheime Wahlrecht, hier nicht. Sie wollen doch das geheime Wahlrecht hier nicht einführen. (Zuruf des Abg. v. Rauchhaupt: Aus Verfassungstreue!) In dem Augenblicke, wo man gegen die beschworene Verfassung angeht, räumt man sich der Verfassungstreue! Wie will Herr v. Rauchhaupt es mit seinem Eide auf die Verfassung halten? (Unruhe rechts.) Halten Sie den Artikel wegen der Länge der Legislaturperiode ebenso heilig, wie den über das Wahlrecht! (Sehr richtig! im Centrum.) Ich nehme an, daß man mir mein Mandat übertragen hat, weil man annahm, daß ich durch den Eid die Aufrechterhaltung der bestehenden Verfassung versprach. Ich kann also nur sagen: Appellieren Sie an das Volk, ob es sich damit einverstanden erklärt, daß der Art. 73 geändert wird. Durch den Eid auf die Verfassung habe ich mich verpflichtet, die Rechte der Wähler nicht schmälern zu lassen. (Zuruf rechts: Und die Rechte der Krone auch nicht!) Die Rechte der Krone werden von der Krone selbst wahrgenommen, nicht von diesem Hause. Ich begreife die Ueberhebung nicht, die sich in den Köpfen gewisser Herren breit macht, als ob sie Vertheidiger der Krone wären. (Zustimmung im Centrum; Unruhe rechts.) Man spricht von den Drogen der Wahlagitatio. Was die Herren Landräthe sich in dieser Beziehung haben zu Schulden kommen lassen, rechtfertigt diesen Ausdruck, denn ein Landrath darf sich so etwas nicht erlauben, was wohl einer Partei zusteht. Der Ton in der Wahlagitatio ist niemals ein so schlechter gewesen, selbst seitens der Socialdemokraten nicht, als jetzt, seitdem die Conservativen ihre Wahlorgane treiben. (Widerpruch rechts; Zustimmung links.) Die Abgeordneten sind Vertreter der Regierten gegenüber den Regierenden. Sie müssen deswegen möglichst oft in Berührung mit dem Volke gebracht werden. Bei der letzten Reichstagsauflösung hat das Volk sich in seiner Mehrheit für den aufgelösten

Reichstag erklärt; nur die Zufälligkeiten der Wahlkreiseintheilung haben die Cartellmehrheiten zu Stande gebracht. Die Auflösung hat also in diesem Falle gegen das Volk gewirkt. An sachlichen Gründen hat man auch angeführt die Unbequemlichkeiten, welche aus den Wahlen für die Behörden entstehen. Sind denn die Behörden nur dazu da, ein bequemes Leben zu führen? Oder sollen sie nicht auch die Unbequemlichkeiten ihres Amtes auf sich nehmen? Wenn die Wahlen als ein notwendiges Uebel betrachtet werden, dann muß man sie ganz beseitigen oder noch längere Perioden als fünf Jahre machen. Ich halte die Wahlen für einen wahren Segen für das Volk, nicht für ein notwendiges Uebel, denn die Wahlen sind der einzige Zeitpunkt der allgemeinen politischen Theilnahme des Volkes. Bei dieser Meinung bleibe ich, auch wenn ich alle Wahlheeren, die die Herren (rechts) am besten verstehen, dabei noch öfter in den Kauf nehmen muß. (Große Unruhe rechts.) Daß der Regierung ein Wachsthum aus dem Antrage entspringt, beweist am besten der Umstand, daß sie uns unter uns gelassen hat, daß der Regierungssitz nicht beseht ist. (Große Heiterkeit.) Alle Nachteile des elendesten aller Wahlsysteme werden verstärkt durch jedes Jahr, das Sie der Wahlperiode zusehen. Das ist der Hauptgrund für uns, dem Antrage zu widersprechen. Das einzige Correctiv diesem elendesten Wahlsystem gegenüber wäre die jährliche Wahl. (Hört, hört! rechts; große Heiterkeit; Rufe rechts: Schluß!) Ich werde von meinem Rechte zum Sprechen um so ausgebreiteter Gebrauch machen, je unruhiger Sie sind. Die Wahlverhinderung wird nach fünf Jahren noch schlimmer und explosiver sein, als jetzt nach drei Jahren. Herr v. Benda glaubt, daß die Conservativen es nicht wagen würden, nach einer solchen Concession weitere Verfassungsänderungen zu verlangen. Solchen Glauben habe ich in Israel noch nicht gefunden! (Heiterkeit.) Was ist nicht stärkeren Herren gegenüber schon gesagt worden! Ich habe gar kein Vertrauen mehr! In der Landrathskammer hat Graf Elmsburg-Stürum gewarnt, dem Volke ein Recht zu nehmen, welches ihm von der Krone verliehen ist. Ehe die Krone nicht durch ihr verantwortliches Organ an diesem Rechte rührt, sollte eine wahrhafte conservative Partei an diesem Rechte nicht rühren, am wenigsten diejenigen, die die Achtung der Kronrechte allein gepachtet zu haben vorgeben. Sie wollen eine Ruthe für die Minoritätspartei binden; ich hoffe, das Volk werde aus den heutigen Verhandlungen den Muth schöpfen, um ein Haus hierher zu führen, welches den Antragstellern nicht lieb ist. (Beifall im Centrum und links; Stichen rechts.)

Abg. Cremer-Zeltow (cons.): Die Verfassung enthält einen Artikel, der ihre Aenderung regelt; diesen Artikel haben wir auch beschworen. Die Wahlmüdigkeit ist im Volke vorhanden; das weiß jeder, der im Volke lebt. Formell ist das Auslösungsrecht ein Recht der Krone, aber das Volk hat auch ein Interesse daran. Das beweist die Auflösung von 1887, wo die Entschädigung vom Volke ausging, so daß solche Vorlagen, wie sie jetzt gemacht sind, auch von den Minoritätsparteien mit einem gewissen Eifer angenommen werden mußten. Die Freisinnigen sollten sich nur für die fünfjährigen Perioden entscheiden, damit der Verkrümelungsproceß, der sich an ihnen vollzieht, etwas verlangsamt wird. Die Beamten, die Landräthe müssen sich an der Wahlagitatio theilnehmen, um das Volk aufzuklären über die Absichten der Regierung; das ist ihre Pflicht. Redner bittet dann, den Antrag ohne commissarische Berathung zu erledigen.

Abg. Richter: Herr Cremer war wirklich das geeignetste Mitglied der Majorität, um unseren Patriotismus zu prüfen. Was er gesprochen hat, hat mich nicht gewundert, aber daß in meiner Umgebung (bei den Nationalliberalen) Zustimmungsausrufungen fielen, als er triumphirend darauf hinwies, mit welchem Eifer wir vorgeföhren eine freudige, einstimmige Begeisterung für einen großen, patriotischen Zweck gezeigt haben. Daß er uns gewissermaßen unter dem Drucke der Wahlen vom Februar 1887 handeln ließ, das charakterisirt die ganze Gesinnungsweise, von der die Herren ausgehen. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Es steht uns nicht an, und jedes Wort würde mir auf der Zunge ersterben, wenn ich einem beratigen unerhörten Verfahren gegenüber nicht äußern wollte. Angesichts der Thatfache, die im ganzen deutschen Reich mit Begeisterung aufgenommen wurde, mit einem kleinlichen Verfahren zu rechnen, halte ich unter meiner Würde. (Beifall links und im Centrum.) Und ich hätte darauf überhaupt nicht geantwortet, wenn nicht die Zustimmung in meiner Nähe mich überzeugt hätte, daß das seit einigen Jahren anders geworden ist. Denken Sie doch an die Zeit von 1877. Damals wurden dieselben Verleumdungen und Schmähungen gegen die Nationalliberalen erhoben, deren Beseitigung durch die 1878 erfolgte Auflösung erstrebt wurde. Die Herren sollten daher jetzt wahrlich keine Schadenfreude äußern, wenn es anderen ebenso geht, und eine gerechte Gerechtigkeitsschreibung über diese nach der zweiten Lesung des Gesetzes erfolgte Auflösung in ruhiger Würdigung der Thatfachen ihr Urtheil abgeben und zeigen, mit welchen Mitteln bei der ganzen Wahl operirt worden ist. Ich glaube, kein Mann von liberaler Gesinnung hat Veranlassung, Genugthuung über diese Mittel zu empfinden, selbst wenn er Dortheil davon gehabt hat. Ich will nicht eingehen auf die bis zum Ueberdruß wiederholte Parallele mit dem Reichstage. Daß der Reichstag etwas anderes ist als der Landtag mit seinem Dreiklassenwahlsystem, brauche ich nicht zu erläutern. Alle drei Jahre nun giebt es eine Wahl zum Reichstag, zum Provinzial-Landtag, zum Landtag und zum Reichstag, und dadurch soll eine Ermüdung für die Wähler herbeigeführt werden! (Jamohl! rechts.) Jamohl! für die Landräthe und Gendarmen, von denen letzteren einer einmal erklärt hat: Wenn erst die verdammte Wahl vorbei wäre, sein Gaul hätte es nicht mehr aus. (Heiterkeit.) Rechnen Sie doch einmal die ganze Zeit, die das Wahlen in Anspruch nimmt, zusammen; es ist wirklich nicht der Rede werth. Man wird sich im Auslande wundern, daß das in kriegerischer Beziehung auf der höchsten Stufe stehende preussische Volk eine so geringe Leistungsfähigkeit in Bezug auf eine öffentliche Thätigkeit haben soll; wir freilich tagiren es anders. Nun sagt man, es sei notorisch, das Volk wolle nicht so oft wählen. Immer, wenn man keine Thatfachen anführen kann, sagt man: Es ist notorisch! (Sehr richtig! links.) Es ist nirgends eine beratige Willensäußerung hervorgetreten. Auch in keiner einzigen Rede eines preussischen Ministers aus der conservativen Aera findet sich der Wunsch nach Verlängerung der Legislaturperiode. Nun sagt Herr v. Benda, die fünfjährige Legislaturperiode sei ein Bollwerk gegen eine weitere Beeinträchtigung der Verfassung; nun, der Appetit kommt mit dem Essen; der Anfang ist gemacht und die Nationalliberalen werden demnach nicht die Macht mehr haben, dem Andrange der Conservativen auf weitere Verfassungsänderung zu widerstehen. Herr v. Benda sagte, mein gestern im Reichstage eingebrachter Antrag auf Einführung von Dätzen sei begründet damit, daß diese Gewährung ein notwendiges Correlat für die fünfjährige Legislaturperiode sei. Also, sagt er nun, hier haben wir die Dätzen und das Correlat dafür ist die fünfjährige Legislaturperiode. Das ist ganz genau derselbe Schluß, als wenn man sagt: Wenn einer Champagner trinken will, dann braucht er Geld, und dann behauptet: Wenn einer Geld hat, dann muß er Champagner trinken. (Sehr richtig! links.) Damit kann man eben alles beweisen. Vor den Wahlen haben Sie sich wohl gehütet, irgend ein Wort über diese Sache zu sagen. Nennen Sie mir einen Verfassungsstaat, in welchem es möglich ist, daß eine Partei eine Schmälerung der Verfassungsrechte aus eigener Initiative beantragt. Damals in der Landrathskammer wurde der Antrag mit nur ein paar Stimmen angenommen, aber im Herrenhause wurde er mit 59 gegen 30 Stimmen abgelehnt, und ich nenne hier einen Conservativen, einen Herrn v. Prittwitz, welcher sagte, er sehe in der Verlängerung der Legislaturperiode eine Gefährdung der Unabhängigkeit der Kammermitglieder. 1854 brachte Herr v. Gerlach den Antrag

ein, eine fünfjährige Legislaturperiode einzuführen. Dieser Antrag ging an eine Commission, deren Vorsitzender v. Vinke war, und in welcher durchaus keine radicalen Elemente saßen. Die Commission ging lebhaft zur einfachen Tagesordnung über, und im damaligen Bericht wurde darauf hingewiesen, wie bedenklich es sein müßte, angesichts der Möglichkeit eines europäischen Krieges, wo es gerathen erschiene, die Einigkeit aller zu fördern, etwa die Würde der Volksvertretung durch solche Anträge herabzusetzen. Hier haben Sie Ihr Urtheil, ich habe nichts mehr hinzuzufügen. (Beifall! Beifall links.)

Hierauf wird die Discussion geschlossen. — Das Schlusswort als Antragsteller erhält Abg. Emmeckerus (nat.-lib.): Verfassungsänderungen sind seitens des Centrums auch angeregt worden, trotzdem es jetzt auf den Eid auf die Verfassung so großen Werth legt. Mit der Redewendung, daß wir im Schlepptau der Conservativen gehen, macht man wieder im Hause noch im Lande irgend welchen Eindruck. Daß das Cartell irgend welche geheimen Abmachungen in sich birgt, glaubt Ihnen kein Mensch, das glauben Sie selbst nicht. Die Nationalliberalen haben die Dauer der Legislaturperiode stets als eine Zweckmäßigkeitsfrage betrachtet. Wir verurtheilen jede officielle Wahlbeeinflussung, aber auch jede Irreführung des Volkes von anderer Seite, wie man es in den letzten Wahlen mit den Monopolen verfuhr hat. Wenn das Reich seine Legislaturperiode ändert, dann müssen wir folgen. Die Verlängerung der Periode festigt die Stellung des Parlaments, und das entspricht den Wünschen des Volkes. (Beifall.)

Die commissarische Berathung wird gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen und der Polen abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

L. Berlin, 8. Febr. Die Budgetcommission genehmigte heute die Erhebung der Gesandtschaft zu Madrid zu einer Botschaft, die Anstellung eines Reichscommissars für die Marschallinseln, die Ausgaben für die Ueberführung der Doubletten der Olympialunde und den Ankauf der der Vereinigten Deutschen Telegraphengesellschaft zu Berlin gehörigen beiden Telegraphenabel zwischen Borkum und Comestoff, bez. Grestfeld und Valencia. Staatssecretär v. Stephan bezeichnete als Consequenz des Ankaufs eine erhebliche Herabsetzung der deutsch-englischen Telegraphengebühren. Eine längere Discussion entspann sich über die von dem Plenum an die Commission verwiesene Position, durch welche der Reichszuschuß für die Universitäts-Strasbourg mit 400 000 Mk. aus dem Ordinarium in das Extraordinarium verlegt werden soll. Der Vertreter des Reichsschatzamts, Director Aschenborn, bezeichnete als Zweck dieser Aenderung eine allmähliche Herabsetzung des Beitrags. Bei der Abstimmung wurde auf Antrag des Abg. v. Bennigsen die Beibehaltung des Zuschusses als eines dauernden beschlossen.

Berlin, 8. Febr. Die Anfechtungscommission für Posen und Westpreußen kann, da das Gesetz vom 26. April 1886 im § 1 ausdrücklich nur von mittleren und kleineren ländlichen Grundstücken spricht, die Austhugung größerer Güter, als außerhalb des Zweckes des Gesetzes liegend, nicht ins Auge fassen. Nur da, wo ein dringendes finanzielles Interesse dafür spricht, also wo z. B. die Unverwerthbarkeit von Gebäuden des bestanden Großbetriebes zu kleinwirthschaftlichen Zwecken, größere Fabriken und Triebwerke oder sonstige Verhältnisse die Ausrüstung mit einer größeren Feldlage angezeigt erscheinen lassen, werden in einzelnen Fällen größere, nicht den Charakter der Restgüter tragende Complexe ausgehau werden können. Solche Restgüter werden daher ein Restbestand von Grundstücken sein, die aus den von der Anfechtungscommission angekauften großen Gütern nach vorausgegangener Planauslegung und Vergebung der größten Anzahl der ausgewiesenen Stellen an ländliche Kleingrundbesitzer übrig bleiben. Ueber die Grundfläche der Vergebung dieser Restgüter hat in der Anfechtungscommission noch nichts beschlossen werden können; insbesondere ist noch zweifelhaft, ob diese Restgüter zu verkaufen oder nur pachtweise zu vergeben sein würden. Nach einem vom Präsidenten der Anfechtungscommission an Anfechtungsanwärter für Restgüter neuerdings erhaltenen Bescheide scheint indessen der käufliche Erwerb von Restgütern nicht in naher Aussicht zu stehen, und es ist hierbei nur für den Fall eine Ausnahme vorgesehen, daß ein Anwärter auf das Restgut sich das sehr schätzbare Verdienst erwirbt, die zur Befriedigung der im Allgemeinen auszutheilenden Grundstücke nöthigen Ansiedler aus einer gleichmäßigen Landmannschaft deutscher Bauern und Kleingrundbesitzer nachzuweisen, und so ein werththätiger Agent der Anfechtungscommission wird, der seinen Lohn in dem Pachtgute finden will. Es ist möglich, daß ihm dann dieselben Erwerbsbedingungen bewilligt werden, wie den Ansiedlern, die Stellen zu Eigenthum erwerben wollen.

* [Genossenschaftsgesetz.] Officiösem Vernehmen nach ist die Absicht, den Entwurf zu einem Genossenschaftsgesetze dem preussischen Volkswirthschaftsrathe zur Vorberathung zu überweisen, aufgegeben worden, und dürfte der Gesetzentwurf binnen kurzem dem Bundesrathe zugehen.

* [Unfallversicherung.] Was den Gesetzentwurf betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die dem Unfallversicherungsgesetze noch nicht unterworfenen Gewerbe anlangt, so ist derselbe im Reichsamte des Innern fertiggestellt und wird augenblicklich noch einer Revision unterzogen, ehe er an die weiteren Instanzen geleitet wird. Es ist zweifellos, daß er in Bälde dem Bundesrathe zugehen wird.

* [Alters- und Invalidenversorgung.] Die „Pol. Nachr.“ stellen es in Abrede, daß der Regierung bei dem Gesetzentwurf betreffend die Alters- und Invalidenversorgung nur daran liege, daß in dieser Session die erste Lesung vorgenommen werde. Ob sie recht haben, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist es nicht gerade wahrscheinlich, daß man die so schon so fruchtbare Session bis tief in den Sommer hinein wird ausdehnen wollen, und dieses müßte geschehen, wenn man die schwierige, noch so wenig geklärte Materie dieses Entwurfs noch zur gefehgeberischen Verabschiedung bringen wollte.

* [Das „Deutsche Tageblatt“], bisher antisemitisch und gouvememental, ist, schreibt die „Freis. Ztg.“, nationalliberal geworden. Der bekannte Führer der Nationalliberalen, Stadtverordneter und Baurath Applmann, hat bei der Umwandlung eine Hauptrolle gespielt. Auch formell hat sich dieselbe in der Weise vollzogen, daß die bisherige Commanditgesellschaft, Deutsche Verlags- und Buchdruckereigesellschaft Luchardt u. Co., in eine Actiengesellschaft umgewandelt ist. Buchhändler Luchardt und ein Commis desselben werden als Vorstand der Actiengesellschaft bezeichnet. — Also selbst die Nationalliberalen in Berlin sind der „Nationalzeitung“ als Parteiorgan schon überdrüssig geworden.

Beilage zu Nr. 16913 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 9. Februar 1888.

17. Ziehung d. 4. Klasse 177. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 8. Februar 1888, Schluss.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

522 730 970 1284 365 425 606 702 53 928 63 85
2448 529 41 741 800 46 3234 345 736 4086 165 421 812
5129 200 404 (1500) 564 68 610 6094 536 823 (300) 917
7022 545 53 602 753 897 8312 437 720 846 48 9129
286 628 (300) 792 914
10189 426 584 624 720 840 56 61 11186 290 429
527 849 88 977 12274 (500) 421 65461 858 961 99 13124
217 38 424 830 14041 166 617 89 891 15006 176 592
703 79 87 985 16358 (3000) 88 96 583 90 629 809 17224
615 52 751 97 18290 741 79 898 19253 543 84 830
20018 66 477 (500) 576 21265 587 22581 849 23011
109 61 302 28 428 547 964 24090 96 180 88 345 615 708
77 948 78 87 25023 729 41 26311 (500) 79 516 27128
539 (500) 81 897 933 (1500) 28232 (500) 537 48 633 774
944 (1500) 88 29237 401 (3000) 23 800 18 39
30287 499 503 4 78 731 940 31213 948 84 32090
202 95 305 469 548 90 (500) 773 938 (3000) 33066 90
422 523 808 34040 426 622 707 85 35002 240 97 861
79 503 45 36308 55 80 557 91 781 37017 88344 886
[300] 38066 229 573 98 (1500) 667 788 39582 649
40090 198 691 726 62 41041 374 966 42158 60
538 848 43005 57 263 314 82 95 467 593 44265 308
499 869 45032 287 385 91 578 (3000) 634 770 44080
144 202 409 508 848 944 51 47228 394 409 94 564 99
710 40 920 45416 699 813 71 959 49081 235 356 537 894
50255 514 51283 626 883 52141 269 405 597 929
53052 433 85 (300) 54659 709 964 (1500) 55293 384
716 56648 882 936 5712473 550 664 65 732 58034
171 527 55 661 875 949 59033 114 93 394797 814 60 (1500)
60022 (300) 206 348 436 920 61008 185 401 513
[300] 62186 273 313 15 36 475 505 77 629 755 (1500) 829
901 63175 295 352 597 64178 211 368 766 (500) 930
65020 84 88 211 349 489 751 64033 49 222 33 84 330
400 505 48 67132 343 547 (5000) 63813 410 73 641
797 803 69012 657 (1500) 879 923 (500)
70052 (3000) 167 97 358 77 514 999 71114 46 275 416
959 83 72120 389 559 734 860 73157 434 521 603 48 760
978 74215 355 73 464 57975 504 43 747 73 808 939
76636 84 911 65 77031 173 251 619 736 901 69 78322
471 (300) 530 868 79004 226 60 (300) 432 526 813 961
80208 316 550 82 93 720 81100 69 209 351 99 405
614 17 (300) 820 935 99 82041 101 442 518 (500) 615 782
868 83169 414 653 849 59 905 84348 93 421 (1500) 713
806 85278 315 93 905 (300) 86005 126 251 91 385
433 981 82 87506 905 88754 909 49 (1500) 80311
[1500] 717 39 862

90159 93 539 682 717 39 63 950 93 (1500) 91112 58
647 887 972 92 92275 381 404 629 880 93018 690 (300)
950 (3000) 94074 468 740 90 987 95371 524 26 66 688
852 86 96256 306 425 45 729 79 953 97252 (300) 314
419 761 855 936 98 98234 642 715 843 973 99093 302
473 77 593 683 705 940 71
100332 533 91 672 762 101198 (300) 750 830 (500)
102155 437 731 800 103267 374 781 104044 76 303
105086 192 462 562 95 703 60 884 (300) 106046 344
640 755 (500) 880 107045 482 576 635 (1500) 90 (500) 824
108168 (3000) 207 (3000) 26 374 419 109722 816
110792 935 49 60 111001 100 246 301 27 847 62
902 92 112134 337 459 509 818 52 55 113256 305 797
926 64 114203 17 344 589 910 115019 (300) 238 386
696 714 905 116019 113 264 841 57 117111 258 317 424
501 964 118065 88 745 884 119425 626 874
120013 418 724 26 887 121003 110 29 54 477 793
812 99 910 122057 155 357 501 56 123091 251 81 343
52 483 124077 (300) 94 244 48 495 589 799 841 125062
69 107 542 81 656 126166 615 68 747 888 90 127058
[500] 179 238 75 128128 540 936 129474 821 957 (500)
67 99 (1500)
130090 131 524 39 43 603 783 131005 449 80 97
742 936 132064 232 69 622 993 133356 462 84 (500)
566 70 72 (500) 916 134138 238 331 598 705 (300) 12 802
928 135380 540 916 136083 (5000) 112 69 459 787
811 39 46 (300) 137013 199 245 49 (3000) 802 949
138171 301 47 671 734 139061 81 254 352 655
140237 655 765 141059 215 353 628 54 709 73
142198 340 463 143161 209 22 93 306 524 728 814 992
144749 63 145112 231 300 (500) 752 146153 611 838
982 147250 148007 462 711 149312 705 816 906
150108 664 945 151138 391 59 5630 92 802 152003
[1500] 219 421 647 789 153148 271 359 (500) 688 775
154188 453 520 604 941 155052 355 540 156080
[3000] 410 613 16 73 722 871 988 157652 762 931 158003
14 304 71 (1500) 621 725 935 (3000) 159183 701
160081 150 266 344 533 731 (500) 811 927 78 161174
429 86 567 806 162565 735 163158 346 673 (3000) 964
86 164111 86 243 432 660 165267 677 759 815 42
166043 529 693 167455 509 899 168131 374 (1500) 96
617 869 169062 336 66 471 836
170089 324 41 425 508 608 171049 445 598 684 775
172219 46 742 173141 370 692 174146 224 312 764
175067 524 70 (300) 601 897 906 176009 (500) 148 275
541 700 177120 178258 438 742 179037 251 484
639 941 (30000) 62 80
180466 503 894 60 65 181111 69 678 829 (300) 64
182037 (1500) 489 642 827 62 927 183035 (3000) 107
[1500] 75 265 341 (1500) 431 45 (500) 566 780 184085 935
185027 40 216 48 659 737 827 924 48 63 186512 721
987 187506 626 47 765 188247 (1500) 386 447 71 754
77 955 189083 116 453 57 694 (1500) 798

Bäcker mahlt sein Mehl nicht selbst, sondern kauft es von der Mühle oder aus dritter, vierter Hand; der Antrag macht aber die Bäcker allein für Fälschungen verantwortlich. Das Brod soll gut ausgebacken sein. Gewiss, aber selbst dem tüchtigsten Bäcker kann ein Gebäck mißlingen und klamm werden. Die controlirenden Polizeibeamten könnten nur nach dem Aussehen urtheilen, und deshalb würden die Bäcker noch mehr zu Alaun und Kupfervitriol greifen, um das Klammsein des Gebäcks zu vermeiden. Wer soll die ungeheuren Kosten der Controle tragen? Die Bäcker etwa? Wenn wirklich, wie man behauptet, die Bäcker einen höheren Verdienst hätten, so könnte man sich nur freuen, denn ein gut situirter Mittelstand ist die beste Stütze des Staats. Nur in einigen Beziehungen ist der Antrag discutabel. Das Anschlagen des Brodpreises ist z. B. schon jetzt weit verbreitet. Ebenso ist der Verkauf nach Gewichtseinheiten aus eigener Initiative der Bäcker an einigen Orten bereits eingeführt. Um das Nützliche des Antrags vom Schädlichen zu trennen, beantrage ich Ueberweisung an eine Commission.

Abg. Duvigneau (n.-l.): Mit der Tendenz des Antrags, die Consumenten zu schützen, sind wir einverstanden, aber nicht mit verschiedenen Einzelheiten. Es freut mich, daß der Abg. Mehner für die Freiheit des Backgewerbes eingetreten ist, obwohl er sonst gegen die allgemeine Gewerbefreiheit ist. (Heiterkeit.) Wir sagen Ihnen aber in der Commission eifrige Mitarbeit zu, um den Antrag brauchbar zu machen. Hr. Cöhren meint, die armen Leute müßten gar nicht, wie viel Brod sie bei dem einen weniger bekommen, als bei dem anderen; das wissen sie ganz genau. Gerade die armen Leute wenden sich dahin, wo es das größte Brod giebt.

Abg. Brömel (freis.): Es lohnt eigentlich nicht die Mühe, einen todtten Antrag erst noch mausetodt zu schlagen. Der Antrag Cöhren würde in äußerster Consequenz dahin führen, daß das Korn von dem Zeitpunkt der Ernte ab bis in den Mund des Consumenten hinein unter staatliche Controle gestellt wird. Es ist das eine Art Geseßgebung, welche es auf sich nimmt, in jedem Falle klüger zu sein als alle anderen. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung beschränken sich selbst da, wo sie in Kraft gesetzt worden sind, darauf, den Bäckern vorzuschreiben, Preis und Gewicht des Brodes an einer leicht wahrnehmbaren Stelle anzuschlagen. Diese Bestimmung hat in der Praxis so gut wie gar keine Folgen gehabt. Seitens der Bäcker werden nominelle Tagelöhne angeschlagen, während der wirkliche Verkauf des Brodes zu erheblich billigeren Preisen sich vollzieht. Alle Vorschläge, die darauf hinausgehen, daß das Brod nur nach Gewicht verkauft werden dürfe, führen ein Quantum nutzloser Arbeit und dadurch eine Vertheuerung des Brodes herbei. Je rücksichtsloser ein solches System auf dem Verkauf lastet, um so mehr müssen die Verkäufer dahin streben, für den Mehraufwand der Arbeit in dem Preise das entsprechende Aequivalent zu erhalten. Der Abg. Cöhren hat sich auf die Petition des deutschen Bäckerbundes „Germania“ bezogen. Diese Petition aber bittet in erster Linie um Ablehnung des Antrages Cöhren und macht nur für den Fall, daß der Reichstag in der Sache durchaus etwas thun will, einen anderen Vor-

schlag: Wenn die Geseßgebung etwas thörichtes machen will, so sei es besser, den thörichtten Vorschlag des Bäckerbundes anzunehmen, als den ganz thörichtten Vorschlag des Abg. Cöhren. Die große Entwicklung der Mühlen- und Bäckereiindustrie scheint Hrn. Cöhren nicht bekannt zu sein. Mehl von solcher Feinheit und solchem Wohlgeschmack, wie es jetzt hergestellt wird, war bei uns vor 30 Jahren so gut wie nicht vorhanden, und demgemäß hat sich auch bei uns die Qualität des Brodes verbessert. Die Ausführungen des Abg. Cöhren über die Willkürherrschaft der Bäcker und die Ausbeutung des Publikums durch sie beruhen nicht auf Wahrheit.

Vizepräsident Buhl: Der Abg. Broemel hat indirect den Antrag des Abg. Cöhren einen thörichtten Vorschlag genannt. Ich kann diese Bemerkung nicht für parlamentarisch zulässig erklären.

Abg. Frege (cons.): Ich glaube, daß wir das Ziel des Abg. Cöhren mit der heutigen Gewerbe-Ordnung erreichen können. Die Erfahrungen mit dem Wein, Schmalz, der Butter lassen uns an die verbündeten Regierungen die Bitte richten, auf Grund des Nahrungsmittel-Geseßes Prüfungsstationen-Instanzen zu schaffen, mit welchen die Localaufsichts-Behörden in nächster Nähe eine wirksame Controle auszuführen in der Lage sind.

Der Antrag wird einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Darauf tritt das Haus in die 2. Berathung der Anträge Rintelen und Munchel wegen Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe ein, wozu ein umfassender Abänderungsantrag des Abg. Rulmann vorliegt.

Abg. Rulmann (n.-l.) stellt den Antrag, die Anträge Munchel und Rintelen und seinen dazu gestellten Antrag einer Commission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung zu überweisen. Es handle sich um Fragen, die zum Theil neu seien.

Abg. Träger (freis.) bekämpft diesen Antrag. Ich finde in dem Antrage Rulmann auch nicht einen einzigen neuen Gedanken. Die Sache ist spruchreif und harret der endlichen Entscheidung.

Nachdem auch der Abg. Rintelen (Centr.) sich gegen den Antrag Rulmann erklärt, wird derselbe verworfen und nach einigen Bemerkungen des Abg. Rulmann, die unverständlich bleiben, die Berathung beschloffen.

Auf Anregung des Abg. Graf Stolberg erklärt der Präsident, daß er den Antrag wegen Aufhebung des Identitätsnachweises in nächster Woche auf die Tagesordnung setzen werde.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Danzig, 9. Februar.

* [Militär-Arbeit.] Auf die Offerte der hiesigen Schuhmacher-Innung an das Grenadier-Regiment Nr. 5, betreffs Anfertigung von 2000 Paar langschäftigen Stiefeln à 3 Mark, ist derselben der Zuschlag nicht erteilt; vielmehr ist diese Arbeit der Direction der Strafanstalt in Graudenz übergeben, welche dieselbe für 2,75 Mk. angenommen hat.

* [Von der kaiserl. Werft.] Der Masten-Arahn, dessen morgen Vormittag 11 Uhr erfolgende Nieder-

Reichstag.

32. Sitzung vom 8. Februar.

Die Vorlage betr. die Aenderung der Wehrpflicht wird in 3. Lesung auf den Antrag des Frhrn. v. Franchenstein en bloc angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Antrages Cöhren, betreffend die Aenderung der §§ 73 und 74 der Gewerbeordnung. Nach demselben sollen die Bäcker und Brodverkäufer verpflichtet werden, die Verkaufspreise des Brodes per Kilogramm, sowie die Art und Zusammenfassung der verwendeten Mehlsorten durch Aushang zur Kenntniß des Publikums zu bringen und das Brod nur nach bestimmtem Gewicht zu verkaufen. Die Ortspolizeibehörden sollen jeder Zeit die erforderlichen Revisionen vorzunehmen berechtigt sein.

Abg. Cöhren (Reichsp.): Die bisherigen Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche den Ortspolizeibehörden lediglich die Facultät zum Erlaß der fraglichen Vorschriften beilegen, reichen nicht hin, das Publikum vor Uebervorthellung zu schützen. Der Brodpreis folgt zwar dem Getreidepreis, wenn dieser steigt, aber er fällt keineswegs entsprechend, wenn der Getreidepreis her-

abgeht. Die Bäcker verkaufen ganz verschiedene Quantitäten zu denselben Preisen, aber selbst der am billigsten liefernde Bäcker deutet das Publikum noch ganz gehörig aus. Die Berliner Bäcker verlangen 83 Proc. des Selbstkostenpreises für das Backen. Ist das Ausbeutung oder nicht? Die bisherigen gesetzlichen Vorschriften haben keine Wirkung gehabt, da die Gerichte die verschiedenartigen Polizeiverordnungen, welche bestimmte Gewichtsgößen und das Aufdrücken eines Stempels verlangten, für ungültig erklärten. Angesichts so trostloser Zustände kann man das Verlangen conservativer Männer nach Wiedereinführung polizeilicher Brodtagen verstehen; mein Antrag soll Abhilfe schaffen ohne Zuhilfenahme dieses unbeliebten Auskunftsmittels. Ohne solche Verschärfungen der in der Gewerbeordnung enthaltenen Vorschriften, ohne Specialvorschriften auch über die Qualität des zum Verkauf gestellten Brodes wird das Nahrungsmittelgeseß mit allen seinen löblichen Absichten ein todtter Buchstabe bleiben.

Abg. Mehner (Centr.): Der Antrag ist, abgesehen von den Ungerechtigkeiten gegen ein einzelnes Gewerbe, praktisch undurchführbar und verräth eine vollständige Unkenntniß der Praxis des Bäckergewerbes. Der

legung gemeldet wurde, ist im Jahre 1872 mit einem Kostenaufwande von 32 000 Mark aus Schmiedeeisen erbaut und hat eine Tragfähigkeit bis zu 600 Centnern. Der Krahnen wurde kürzlich behufs Abbruch zum Verkauf ausbezogen, es ist indessen eine angemessene Offerte nicht eingegangen, weshalb beschlossen wurde, den Krahnen, welcher ca. 300 Centner Eisenmaterial enthält, niederzulegen und denselben alsdann zum Verkaufe zu bringen.

[Meister - Jubiläum.] Herr Schneidermeister Splöfster bezieht am 14. d. M. im Kreise seiner Kollegen im „Deutschen Gesellschaftshause“ sein 50jähriges Meister-Jubiläum.

[Innungs - Ausschuss.] Der Vorstand des Innungs-Ausschusses beschloß gestern Abend, zum 15. d. M. eine General - Versammlung des Innungs - Ausschusses anzuberaumen, in welcher über nachstehende Gegenstände berathen werden soll: 1. über die Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, 2. über eine westpreussische Provinzial-Gewerbe-Ausstellung, 3. über den weiteren Verlauf der bei der Gewerbekammer eingebrachten, aber noch nicht erledigten Anträge, 4. Besuch der Fortbildungsschule, 5. Berufung einer allgemeinen Innungs-Meister-Versammlung zum 22. d. M. betreffs Berathung über den zu veranstaltenden Bazar.

[Veränderungen im Grundbesitz] in der Stadt und deren Vorstädten haben stattgefunden: A. Durch Verkauf: 1. Jungferngasse Nr. 12 von den Hauszimmersmann Penner'schen Eheleuten an den Fleischermeister Friedrich Auglin für 9500 Mk.; 2. Petersilien-gasse Nr. 16 von der Wittve Ottilie Flemming an die Ehefrau ihres Sohnes, Selma Flemming, geb. Ruhn, für 17250 Mk.; 3. II. Neugarten Nr. 819 und Steinhäule Nr. 820, Nr. 832 und Nr. 833 von dem Hotelier Hugo Schwarzkopf an den Händler Karl Stanke für 13000 Mk.; 4. Grüner Weg Nr. 1 von der Abeggstiftung an die Arbeiter Scholler'schen Eheleute für 20000 Mk.; 5. Or. Gerbergasse Nr. 10 von dem Kaufmann Wilhelm Schubert an die Sattlermeister Burgmann'schen Eheleute für 24 600 Mk.; 6. Schlappe Nr. 107a von der Wittve Ester Neumann an den Rentier August Kroschinski für 23 400 Mk.; 7. Langfuhr Nr. 4 von der Frau Fleischermeister Mathilde Köhling an den Zählermeister Julius Diller für 12 300 Mk.; 8. Aneipal Platz 16 von der Wittve Mathilde Hoog an den Viehhändler Heinrich Hallmann für 3600 Mk.; 9. Schibitz Platz 285 von den Hakenbildner Sonnemann'schen Eheleuten an die Zimmergefell Neumann'schen Eheleute für 2850 Mk.; 10. ein Trennstück des Grundstücks Langgarten Nr. 21 von 12 Ar 81 Qu.-Mtr. von dem Fräul. Johanna Hennings an den Maurermeister Herrn. Prochnow für 25 600 Mk.; 11. Langgasse Nr. 26 von der Wittve Johanna Auerbach an die Stadtgemeinde Danzig für 65 000 Mk.; 12. Bergstraße Nr. 10 in Neufahrwasser von dem Zimmermeister Heinrich Ramrowski an den Kaufmann Max Witt in Gaspe für 20 000 Mk.; 13. Jopengasse Nr. 61 von dem Kaufmann Johann Lubwig Engel in Berlin an die Frau Henriette Blank, geb. Zonat, für 48 000 Mk. B. Durch Erbgang: 14. Breitgasse Nr. 25 nach dem Tode der verheiratheten Tischlermeister Wilhelmine Focking von ihrem hinterbliebenen Ehemanne und den übrigen Erben an die Tochter der Erblasserin Louise Amalie Focking zum Alleineigenthum abgetreten; 15. Schladahl Nr. 781 nach dem Tode der Brettschneidermeister Heinrich Kurowski'schen Eheleute auf deren vier Kinder, die Geschwister Kurowski, zum Eigenthum übergegangen; 16. Am Olivaer Thor Nr. 17, Nr. 11 und Nr. 15/16, Hinterm Lazareth Nr. 11 und Werderthor Platz 27 mittels Recesse überignet worden von den eingetragenen Mit-eigenthümern Rentier Julius Schlicht und Ruhhalter Adolf Schlicht an ihren Vater, den eingetragenen Mit-eigenthümer Ruhhalter Simon Schlicht und dessen Ehefrau Louise, geb. Schröder.

Mewe, 7. Februar. Der hiesige Turnverein, welcher

seit mehreren Jahren wegen Mangels an activen Mit-gliedern in Unthätigkeit schlummerte, hat in einer gestern stattgehabten Versammlung beschlossen, sich aufzulösen. Der noch vorhandene Rassenbestand, in Höhe von ca. 55 Mk., wurde der hiesigen freiwilligen Feuerwehr überwiesen. (N. W. M.)

Strasburg, 7. Februar. Der Schneesturm in der Zeit vom Freitag Abend bis Montag hat in Stadt und Land eine Menge Schäden angerichtet. Nicht nur sind einzelne Wohngebäude, sondern ganze Dörfer durch manns hohe Schneebarrikaden so eingeschlossen worden, daß Auswege durch die Schornsteine gesucht werden mußten und Hilfe von Außen her nöthig war. (Th. D. 3.)

Bermischte Nachrichten.

* Nach fast zehnjähriger Abwesenheit kehrte dieser Tage ein für verschollen geltender Müller nach Ebbau (in der Oberlausitz) zurück, um seine Frau und Kinder aufzusuchen. Aber zu nicht geringem Staunen mußte er die Wahrnehmung machen, daß seine Frau bereits seit Jahren einen anderen Mann geheirathet und diesem auch schon mehrere Kinder geboren hatte. Das Paar ist auf die Anzeige des ersten Mannes verhaftet worden, doch glaubt man, daß die Freilassung wegen eines bei der Trauung vorgekommenen Formfehlers wird erfolgen müssen.

* Aus Rom wird der „Fr. Ztg.“ geschrieben: In den Prati di Castello hat man beim Bau eines neuen Gebäudes in der Via Drazio anlässlich der Grundarbeiten zu demselben einen sehr interessanten Fund gemacht, der die Archäologen nun lebhaft beschäftigt. Es ist eine Kolossalstatue, darstellend Apollo im Gewande des Zitherspielers. Der Statue fehlt der Kopf und die beiden Arme. Die Wichtigkeit des Fundes besteht darin, daß es sich bei dieser Statue um denselben weiblich gearteten Typus handelt, wie ihn der berühmte Apollo Citharoedus in der Münchener Glyptothek darbietet — eine Figur, die ja Winckelmann ursprünglich für eine Frauenstatue gehalten und „Barberinische Muse“ betitelt hatte. Die neu gefundene Statue wird in den capitulinhischen Museen untergebracht, nachdem die fehlenden Theile nach dem Vorbilde der Münchener Statue aus Gyps ergänzt sein werden. In mancher Beziehung ist die jüngst aufgefunden Statue besser erhalten als die Münchener. Man bewundert insbesondere die flatternden Mantelfalten. Die Statue ist aus pentelichem Marmor gemacht und rührt her aus dem 1. oder 2. Jahrhundert der römischen Kaiserzeit. Auch in Hinsicht auf die Dimensionen kommt sie dem Münchener Apollo nahe; sie ist nämlich 2 Meter hoch.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 8. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco flau, holsteinischer loco 165 bis 170. Roggen loco still, mecklenburgischer loco neuer 122 bis 128, russischer loco ruhig, 90 bis 96. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüböl matt, loco 47.00. — Spiritus matt, per Februar-März 22 Br., per März-April 22 1/4 Br., per April-Mai 22 1/2 Br., per Mai-Juni 22 3/4 Br. Raffee fest. Umsatz 1500 Sack Petroleum ruhig. Standard white loco 7.35 Br., 7.25 Gd., per August-December 7.30 Br. — Weiter: Veränderlich.

Hamburg, 8. Februar. Zuckermarkt. Rübenröh Zucker 1. Product, Basis 88° Rendem., frei an Bord Hamburg per März 15.00, per April 15.10, per November 12.90, per December 12.90. Matt.

Hamburg, 8. Februar. Raffee good average Santos per März 66 1/2, per Mai 65 1/4, per Septbr. 61 1/2, per December 60. Fest.

Saare, 8. Februar. Raffee good average Santos per Febr. 79.00, per Mai 78.50, per August 75.75, per Dezbr. 74.00. Behauptet.

Bremen, 8. Februar. Petroleum. (Schluß-Bericht.) Niedriger. Standard white loco 7.40 Br.

Frankfurt a. M., 8. Februar. Effecten - Societät. (Schluß.) Credit - Actien 213 1/2. Franzosen 170 1/2. Lombarden 64 1/4. Galizier 154 1/2. Aegypter 74.00. 4% ungar. Goldrente 77.20, 1880er Russen 77.10, Gotthard-Bahn 112.50, Disconto - Commandit 186.60. Matt.

Wien, 8. Februar. (Schluß-Course.) Dester. Papier-rente 78.10, do. 5% do. 93.05, do. Silberrente 79.50, 4% Goldrente 108.40, do. ungar. Goldr. 96.80, 5% Papier-rente 83.15, 1884er Loose 130.25, 1860er Loose 133.00, 1864er Loose 165.00, Creditloose 176.50, ungar. Brämen-loose 119.50, Creditactien 269.60, Franzosen 213.60, Lombarden 81.75, Galizier 192.25, Lemb.-Cern. 209.50, Pardub. 146.50, Nordwestbahn 153.50, Elbethalb. 155.00, Kronprinz-Rudolfbahn 177.25, Böhm. West 284.50, Nordbahn 246.50, Unionbank 191.25, Anglo-Aust. 99.25, Wiener Bankverein 82.50, ungar. Creditactien 272.00, deutsche Plätze 62.20, Londoner Wechsel 126.85, Pariser Wechsel 50.25, Amsterdamer Wechsel 105.15, Napoleons 10.03 1/2, Dukaten 5.98, Marknoten 62.20, russ. Banknoten 1.08 1/2, Silbercoupons 100.00, Länderbank 206.50, Tramway 212.50, Tabak-actien 71.00, Buchtheraderbahn —

Amsterdam, 8. Februar. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, per März 191, per Mai 192. Roggen loco niedriger, auf Termine still, per März 104—103, per Mai 104—103, per October 107—108. Rüböl loco 27, per Mai 25 1/4, per Herbst 25 1/4.

Antwerpen, 8. Februar. (Schlußbericht.) Petroleummarkt. Raffinirtes, Type weiß, loco 19 1/4 bez., 19 1/4 Br., per März 18 1/2 bez., 18 1/2 Br., per April-Juni 18 Br., per Sept.-Dez. 18 1/2 Br. Steigend.

Paris, 8. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen fest, per Februar 23.40, per März 23.50, per März-Juni 23.90, per Mai-August 24.10. Roggen ruhig, per Febr. 14.10, per Mai-August 14.60. Weizen fest, per Februar 51.60, per März 51.80, per März-Juni 52.25, per Mai-August 52.60. Rüböl matt, per Febr. 54.00, per März 53.75, per März-Juni 53.75, per Mai-August 53.75. Spiritus ruhig, per Febr. 47.50, per März 47.50, per März-April 47.75, per Mai-August 48.25. — Weiter: Milde.

Paris, 8. Februar. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 85.00, 3% Rente 81.42 1/2, 4 1/2% Anleihe 106.82 1/2, italien. 5% Rente 92.55, österreichische Goldrente 87 1/4, 4% ungar. Goldrente 77 1/4, 4% Russen de 1880 77.75, Franzosen 426.25, Lomb. Eisenbahnactien 176.25, Combar. Prioritäten 285.00, Convert. Türken 14.07 1/2, Türkenloose 35.40, Credit mobilier 300, 5% Spanier 67 1/4, Banque ottomane 502.50, Credit foncier 1372, 4% unific. Aegypter 374.37, Suez-Actien 2101, Banque de Paris 741.00, Banque d'escompte 452.00, Wechsel auf London 25.23, Wechsel auf deutsche Plätze (3 Mt.) 123 1/2, 5% priv. türk. Obligationen 363.75, Panama-Actien 286, Rio Tinto 526.25.

London, 8. Februar. An der Rüste angeboten 1 Weizen-ladung. — Weiter: Milde.

London, 8. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 13 440, Gerste 20 570, Hafer 33 680 Qrt. Sämmtliche Getreidearten ruhig, sehr frage, ermattend, Mais und Gerste stetig. Stadtmehl 22 bis 34.

London, 8. Febr. Consols 102 1/2, 4% preuß. Consols 105, 5% italien. Rente 91 1/2, Lombarden 7, 5% Russen von 1871 91 1/2, 5% Russen von 1872 91, 5% Russen von 1873 91 1/4, Convert. Türken 13 1/2, 4% fundirte Amerikaner 129 1/2, Dester. Silberrente 63, Dester. Goldrente 86, 4% ungar. Goldrente 76 1/2, 5% Spanier 66 1/2, 5% priv. Aegypter 100 1/2, 4% unific. Aegypter 73 1/2, 3% gar. Aegypter 102 1/2, Ottoman - Bank 10, Suez-Actien 83 1/2, Canada Pacific 57 1/4, Convertirte Mexikaner 33 1/2, Silber —, Blach-Discont 1 1/4 %.

Glasgow, 8. Februar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 39 Sh. 6 D.

Leith, 8. Februar. Getreidemarkt. Tendenz flau, Preise unverändert.

Newyork, 7. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95, Wechsel auf London 4.83 1/4, Cable Transfers 4.86, Wechsel auf Paris 5.22 1/2, 4% fund. Anleihe v. 1877 126 1/4, Erie - Bahn - Act. 27, Newyork-Central-Actien 106 1/2, Chic.-North-Western-Act. 107 1/2, Lake-Shore-Act. 91 1/2, Centr.-Pacific-Actien 30 1/2, North-Pacific-Preferred-Actien 45, Louisville- und Nashville-Actien 59 1/2, Union-Pacific-Actien 55 1/2, Chic. Milw.- u. St. Paul-Actien 75 1/2, Reading- und Philadelphia-Actien 65 1/2, Wabash-Preferred-Actien 26 1/2, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 56 1/2, Illinois - Centralbahn - Actien 119, Erie second Bonds 98 1/2. — Waaren-Bericht. Baumwolle in Newyork 10 1/2, do. in New-Orleans 9 1/2, raff. Petroleum 70 % Abel Fett in Newyork 7 1/2 Gd., do. in Philadelphia 7 1/4 Gd., rohes Petroleum in Newyork — D. 67 1/2 C. do. Pipe line Certificats — D. 90 C. Zucker (Fair refining Muscovades) 4 1/4. Raffee (Fair Rio) 16, Rio Nr. 7 low ordinary per April 12.77, do. do. per Mai 12.52.

Schmalz (Wilcor) 7.90, do. Fairbanks 8.10, do. Rohe u.

Brothers 7.90. Speck —. Kupfer pr. Februar 16.60. Getreidefracht 1 1/4.

Newyork, 8. Febr. Wechsel auf Berlin 4.95, Rother Weizen loco 0.89, per Februar 0.88, per März 0.89, per Mai 0.91. — Mehl loco 3.20, Mais 0.60, Fracht 1 1/4. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4 1/4.

Productenmärkte.

Rönigsberg, 8. Februar. (v. Portatius u. Grothe.) Weizen per 1000 Allogr. hochbunter 121 1/4 143.50, 124 1/4 141, 127 1/4 151.75, 129 1/4 150.50, 131 1/4 154 Mk. bez., bunter 127 1/4 149.50, 128 1/4 150.50, russ. 118 1/4 u. 119 1/4 bez. 107, 122 1/4 113, 123 1/4 blsp. 108, 127 1/4 124 Mk. bez., rother 130 1/4 153 Mk. bez. — Roggen per 1000 Allogr. inländ. 114 1/4 87.50, 115 1/4 88.75, 116 1/4 92.50, 118 1/4 95, 96.25, 120 1/4 97.50, 98.75, 122 1/4 100, 101.25, 124 1/4 104.25, 125 1/4 105.50, 126 1/4 106.75, 129 1/4 111.25 Mk. bez., russ. ab Bahn 120 1/4 70, 121 1/4 71, 122 1/4 72, 123 1/4 73.50, 124 1/4 74.50, 126 1/4 77 Mk. bez. — Gerste per 1000 Rilo grobe 88.50, 90 Mk. bez., kleine 87, 88.50, russ. 71 Mk. bez. — Hafer per 1000 Allogr. 84, 88, 90, 94, 96, 97, 98 Mk. bez. — Erbsen per 1000 Allogr. weiße 93.25 Mk. bez., graue 93.25 Mk. bez., grüne 102.25 Mk. bez. — Bohnen per 1000 Allogr. 112.25 Mk. bez. — Weizen per 1000 Allogr. 98.75, 100 Mk. bez. — Spiritus per 10000 Liter % ohne Fah loco contingentirt 49 1/2 Mk. Gd., nicht contingentirt 30 1/4 Mk. Gd., per Februar contingentirt 49 1/2 Mk. Gd., nicht contingentirt 30 1/4 Mk. Gd., per Frühjahr contingentirt 51 1/2 Mk. Gd., nicht contingentirt 31 1/2 Mk. Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 8. Februar. Weizen flau, loco 182—185, per April-Mai 168.50, per Juni-Juli 171.00. — Roggen flau, loco 105—112, per April-Mai 116, per Juni-Juli 121.00. — Bomm. Hafer loco 102—109. — Rüböl geschäftlos, per Febr. 46.20, per April-Mai 46.20. — Spiritus unveränd., loco ohne Fah versteuert 97.50, do. mit 50 Mk. Consumsteuer 49.00, do. mit 70 Mk. Consumsteuer 30.90, per April-Mai 99.50. — Petroleum loco erpolt 12.70.

Berlin, 8. Februar. Weizen loco 153—176 Mk. per April-Mai 165 1/2—163 1/4 Mk., per Mai-Juni 167 1/4—166 1/2 Mk., per Juni-Juli 170 1/2—168 1/2 Mk., per Juli-August 171 1/2—170 Mk. — Roggen loco 107 bis 118 Mk., guter inländischer 116 Mk., per April-Mai 120 1/4—119 1/4—120 1/4 Mk., per Mai-Juni 122 1/4—121 1/4—122 1/4 Mk., per Juni-Juli 124 1/4—124 1/4 Mk. — Hafer loco 105—128 Mk., ost- und westpreussischer 108—113 Mk., pommer'scher und udermark. 110—113 Mk., schlesischer 108—113 Mk., feiner ches., preuß. und pomm. 115 bis 119 Mk. ab Bahn, per April-Mai 113 1/2—113 Mk., per Mai-Juni 116—115 1/2 Mk., per Juni-Juli 119—118 1/2 Mk. — Gerste loco 103—120 Mk. — Mais loco 120—126 Mk., per April-Mai 125 Mk. — Kartoffelmehl per Februar 18 Mk., per April-Mai 18.35 Mk. — Trochene Kartoffelmärke per Februar 18 Mk., per April-Mai 18.35 Mk. — Feuchte Kartoffelmärke per Februar 10.50 Mk. — Erbsen loco Futterwaare 111—119 Mk., Rodwaare 125 bis 195 Mk. — Weizenmehl Nr. 0 21.50 bis 19 Mk., Nr. 00 23.25 bis 21.75 Mk. — Roggenmehl Nr. 0 18.50 bis 17.50 Mk., Nr. 0 und 1 16.50 bis 15.50 Mk., ff. Marken 18.50 Mk., per Februar 16.30 Mk., per Februar-März 16.30 Mk., per April-Mai 16.65—16.60 Mk., per Mai-Juni 16.75—16.60 Mk., per Juni-Juli 16.90—16.85 Mk. — Rüböl loco ohne Fah 46 Mk., per Febr. 46.5 Mk., per April-Mai 45.8—45.6 Mk., per Mai-Juni 45.8 Mk., per Juni-Juli 45.9 Mk. — Petroleum loco 25.1 Mk. — Spiritus loco ohne Fah 99—98.6 Mk., per April-Mai 99.6—99.5 Mk., per Mai-Juni 100.3—100.2 Mk., unversteuert (50 Mk.) loco 50.3—50 Mk., per April-Mai 51.5—51.3 Mk., per Mai-Juni 52—51.9 Mk., per Juni-Juli 52.7—52.6 Mk., per Juli-August 53.5—53.4 Mk., unversteuert (70 Mk.) loco 31.7—31.5 Mk., per April-Mai 33.1—32.8 Mk., per Mai-Juni 33.4—33.3 Mk., per Juni-Juli 34.2—34 Mk., per Juli-August 34.8—34.6 Mk.

Magdeburg, 8. Febr. Zuckerbericht. Kornzucker, excl. 92 % 24.80, Kornzucker, excl. 88 % Rendem. 23.60, Nach-producte excl. 75 % Rendem. 19.70. Schwächer. Cem. Raffinade mit Fah 29.50. Cem. Melis 1 mit Fah 28.25. Rubig. Rohzucker 1. Product Transito f. a. B. Hamburg per Febr. 14.85 Gd., per März 15.07 1/2 bez., 15.10 Br., per April-Mai 15.32 1/2 Gd., 15.40 Br., Juni-Juli 15.60 bez., 15.65 Br. Matt.

Verantwortliche Redaction: für den postlichen Theil und pers. mündliche Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und literarische H. Richter, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthail: A. B. Stefmann, sämtlich in Danzig.